

ZUKUNFT.



ödp

Dr. Ulrike Schneider

Mitglied des Stadtrats
Initiative ZUKUNFT/ödp

Krumme Gasse 30
97421 Schweinfurt

mobil 0173-6513177
rike.schneider@icloud.com

Schweinfurt, den 16. Januar 2026

Presseinformation

ZUKUNFT.ÖDP begrüßt Zugeständnisse im ÖPNV
Initiatoren und Stadt einigen sich

Schweinfurt. „Und sie bewegt sich doch!“ - so OB-Kandidatin Ulrike Schneider, die seit einem Jahr eng mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens zusammen arbeitet. Gemeint ist die Stadtverwaltung, die seit dem erfolgreich eingereichten Bürgerbegehren unter Druck stand und am Ende doch zu Kompromissen bereit war.

Ihr besonderer Dank gilt Hartmut Bach, der dank seiner außergewöhnlichen technischen Begabung sowie akribischen Arbeit wesentliche Verbesserungen in Richtung des alten Systems herausarbeiten konnte:

1. Stadtteile wie der Bergl sollen durch die Nutzung von „Verstärkerfahrten“ wieder deutlich häufiger angefahren werden, auch wenn die angedachten Stadtteile in der Vereinbarung nicht explizit genannt werden.
2. Das bisher starre Korsett von nur zwei Abfahrtszeiten pro Stunde soll zeitversetzt gestaltet werden, so dass manche Busse auch zur Viertel- und Dreiviertelstunde abfahren.
3. Benachbarte Buslinien werden dadurch wieder zeitversetzt fahren, so dass sich für einige Busnutzer die Fahrtmöglichkeiten verdoppeln.

4. Die Umlaufzeiten der einzelnen Linien werden deutlich flexibler gehandhabt. So werden nun Umlaufdauern von 15/30/45/60/75 Minuten möglich sein. Diese Flexibilität ermöglicht eine effizientere Streckenplanung bei gleichzeitiger Reduzierung unproduktiver und teurer Wartezeiten, vor allem an den Endhaltestellen.

„Durch die Verhandlungen ist es uns gelungen, zahlreiche Verbesserungen durchzusetzen und somit viele Kritikpunkte des neuen Systems zu beseitigen“, so Hartmut Bach.

Ratsbegehren konterkariert Bürgervotum

Dass die genannten Punkte deutlich hinter den eigentlichen Forderungen zurückliegen, schreibt Axel Kröner, Vorstandsmitglied der Initiative ZUKUNFT.ÖDP, dem kurzfristig vorgelegten Ratsbegehren zu, einer sogenannten „Konkurrenzvorlage“. „Das wegen seiner schwammigen Formulierung eigentlich unzulässige Ratsbegehren der anderen Parteien ist dem Bürgerbegehren in den Rücken gefallen“, so Kröner. Der Verhandlungsdruck auf die Stadt und die Stadtwerke sei damit enorm gelockert worden. Vom ursprünglich von den Initiatoren angepeilten Kompromiss, zumindest 90% der alten Fahrthäufigkeit verbindlich wieder herzustellen, sei die unterzeichnete Vereinbarung nun leider weit entfernt. In der Vereinbarung steht lediglich „Die Initiatoren wünschen ein Fahrangebot von größer 85%“. Die Stadtwerke vermeiden es also explizit, eine verbindliche Mindestfahrtenquote in der Vereinbarung zu fixieren. Derzeit werden nur ca. 75% des 2024er Fahrtangebots gefahren.

Bedenken der ZUKUNFT.ÖDP

„Wir erwarten nun, dass Stadt, Stadtrat und Stadtwerke aus dem selbstverschuldeten Debakel rund um das Stadtbusnetz 2.0 gelernt haben. Sie tun gut daran, die von Bach und Bender ausgearbeiteten Verbesserungen weitgehend und zügig umzusetzen.“, so Schneider und Kröner. Es würde in ihren Augen ein verheerendes Signal an die Bürger senden, wenn die Stadtwerke sich nunmehr nach geleisteten Unterschriften entspannt zurücklehnten und erst einmal Monate ungenutzt verstreichen ließen.

Die angepeilte Rückkehr zu bewährten Elementen des alten Systems sei zwar ein Sieg über die Unvernunft, doch zu viele Baustellen seien noch offen. Diese Kompromissvereinbarung hätten weder Ulrike Schneider noch Axel Kröner unterzeichnet - zu schwammig, zu unverbindlich, zu kurz gegriffen.